

16.10.2010

Heike Schiller – Vorsitzende Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

### **»Und längst steht das Vertrauen in die Demokratie auf dem Spiel!«**

mit diesen Worten endete am vergangenen Sonntag eine Reportage im Zweiten Deutschen Fernsehen, die den Titel trug »bei Abriss Aufstand«.

Seit dem 30. Juli 2010 ein richtiger Medienknaller, weil seit diesem Datum mehrfach in der Woche erst tausende, dann 10.000de Menschen auf die Straßen gehen. Das erstaunte Publikum in der Republik rieb sich fassungslos die Augen ob der Tatsache, dass die wohlstandsverwöhnten Spätzlesfresser, Autolesbauer und Kehrwochenkönige einen solchen Aufstand proben können.

Da kann ein bisschen Einblick nicht schaden: einst stand die Wiege der Liberalen in diesem Land, besonders dieser Stadt. Liberalität und Bürgersinn, Engagement fürs Gemeinwohl gehören hier zum guten Ton.

Aber auch der unbedingte Wille zu wirtschaftlichem Erfolg und technischem Fortschritt, kultureller Vielfalt, gutem Leben und das Gefühl »die da oben« machen es schon recht, prägen das Sein.

Zum ersten mal in ihrer neueren Geschichte steht Stuttgart seit Wochen im Mittelpunkt der bundesweiten Berichterstattung. Viele fühlen sich berufen, dieses Phänomen zu deuten. Und auch ich stehe immer wieder bass erstaunt dabei, daneben und mittendrin. Getragen von unbändigem Fortschrittsglauben ist diese Region seit 1945 zu dem geworden, was sie ist. Abrissbirnen und permanente Neubauten gehören zum Stadtbild zur gesamten Region, in der immer noch fast täglich ein Fußballfeld großer Platz zugebaut wird. Das ist ganz normal. Wir leben damit. Wenn auch nicht unwidersprochen. Das Größer, schneller, weiter und das die da oben werden es schon recht machen, Hauptsach ich hab auch was davon prägt diese Region, prägt ihren ungeheuren Willen zu Innovation und Weltmarktführerschaft in vielen Bereichen. Und es sollte zu unserem Schaden nicht sein. Wer hier lebt – jedenfalls der überwiegende Teil der Bevölkerung – hat ein Auskommen. Hier ist noch immer so eine Art Insel der Seligen. Krise hin, Krise her. Drum ist es nur folgerichtig, hier das größte Bahnprojekt Europas realisieren zu wollen. Egal, ob es Sinn macht oder nicht.

Jeder kungelt in Ruhe mit jedem. Da konnten auch so erkenntnisreiche Druck-Werke wie »Die Maultaschen-Connection« vom Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, »Monrepos oder die Kälte der Macht« etwas später oder »Wir können alles – Filz, Korruption und Kumpanei im Musterländle« erst vor zwei Jahren erschienen nicht mehr als folgenlose Achtungserfolge erzielen.

Was solls, so lang „alles laud isch doch prima...“ Politik kungelt auf heftigste mit Wirtschaft, Medien und was sich sonst noch lohnt. Der Stuttgarter Finanzbürgermeister traute seinen Augen nicht als man ihm im Sommer diesen Jahres nachwies, das er bei der Firma, die den Abriss des inzwischen bundesweit bekannten Nordflügels verantwortet, ordentliches Mitglied im Beirat ist. Er hat diesen Job jetzt ruhen lassen. Verstanden aber hat er nicht, wo das Problem liegt. Er ist im Klüngel aufgewachsen. Er kennt es nicht anders. Politik ist für ihn

ein Job wie jeder andere. Die Umweltministerin Tanja Gönner ist oder war für die Stiftung eines Shoppingcenterbetreibers tätig, der bald einen Teil der wertvollen 100 Hektar bebauen darf. Das lässt sie jetzt auch ruhen. Damit da eine Ruhe einkehrt. Bisschen traurig wird die neue Lebensgefährtin des ehemaligen Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger sein, sicher auch der Architekt des neuen Bahnhofes in Stuttgart. Die können nämlich bleiben. Weitere Beispiele gibt es derer viele und ganz sicher ist es zuweilen sinnvoll, wenn der eine oder die eine oder andere aus der Politik in großen Firmen mittun, die gar nicht dem Land gehören. So was gehört halt zum guten Ton, da denkt man nicht weiter drüber nach, schließlich muss es ja auch ein Leben nach der anstrengenden Politik geben und das muss wohl vorbereitet sein. Darüber herrschte hier in vielen Kreisen Einigkeit. Man hilft einander wo man helfen kann. Das gehört zum guten Leben hier. Wir haben ja auch kaum Probleme mit der Integration, obwohl Menschen aus 170 Nationen hier leben und arbeiten. So lang das Arbeiten im Vordergrund steht, machen wir das klaglos mit. Da versuchen sie halt mal den Turm einer neu gebauten Moschee ein bisschen höher und breiter zu machen. Merkt's einer, sagt der Imam von Esslingen lächelnd, das haben wir gar nicht so gemeint und zack seit letzter Woche wird halt zurück gebaut. Ist kein großer Aufreger. Wir haben stabile politische Verhältnisse: die CDU regiert seit 57 Jahren. Sie ist die - ok, selbsternannte - Baden-Württemberg-Partei. Das ist doch prima. So haben sie hier lange gedacht und noch vor wenigen Monaten konnte der Ministerpräsident ungestraft Sätze sagen wie den: »Ich denke, ich werde diesen Job 10 Jahre machen.« Grad so als hätte er mit einer Firma einen lebenslangen Arbeitsvertrag unterschrieben, den er und nur er selber einseitig kündigen kann. Andersrum, also dass die Mehrheit der Anteilseigner in diesem Fall möglicherweise die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ihn gar nicht so lange haben will, das war noch vor wenigen Monaten nicht im entferntesten denkbar. Wie sollte es auch? Heute muss er sich von seinen Trendscouts zutragen lassen, dass dieses Volk »Mappus weg« skandiert. Komische Zeiten.

Alles ist demokratisch legitimiert, alles hat die Instanzen und Parlamente durchlaufen. Wir bauen, da könnt ihr lang auf den Straßen rum tanzen und Samba machen, uns Lügenpack schimpfen und glauben, je lauter ihr brüllt, je mehr ihr werdet, desto besser werden wir euch hören. Lauft euch die Füße wund, blockiert friedlich die Straßenkreuzungen. Ihr dürft das. Aber ihr habt uns gewählt. Und zwar immer schon. Damit habt ihr uns ermächtigt zu tun, was wir mit Mehrheit beschließen. Punkt und richtig natürlich. Das ist das Wesen einer repräsentativen Demokratie. Protest hin, Protest her. Das Volk wählt seine Vertreterinnen und Vertreter, will und muss ihnen vertrauen. Damit hatte bisher kaum jemand ein Problem. Ganz offensichtlich ist das Vertrauensverhältnis jetzt gestört und zwar milieuübergreifend. Grün liegt in den letzten Umfragen so weit vorne, dass Herr Mappus um seinen sicher geglaubten 10 Jahresvertrag fürchten muss. Wovor sich in diesem Zusammenhang die Grünen fürchten müssen, ist jedoch noch nicht ausgemacht.

Eine nicht geringe Rolle spielen die Neuen Medien, in denen man alles finden kann: Fakten, Bilder, Diskussionen. Niemand kann mehr sagen: ich habe es nicht gewusst. Was über Jahre vorenthalten wurde, kommt Tag für Tag mehr an die Öffentlichkeit.

In dieser Stadt gab es 2007 Jahren eine Initiative, die einen Bürgerentscheid über den Bau des Projektes Stuttgart 21 forderte. 67.000 Unterschriften wurden gesammelt, ja, sogar Gerichte beschäftigt, die bestätigten, eigentlich sei das nicht möglich. Der Gemeinderat hat dem Antrag mit der größtmöglichen Mehrheit die Annahme verweigert. Das fand die

Stadtgesellschaft nicht in Ordnung. Sie fragte sich, wovon haben die Angst? Und was war die Folge? Ein Jahr später werden die Grünen stärkste Fraktion im Gemeinderat. Was zwar nicht mit Mehrheit gleichzusetzen, aber als deutliches Signal zu verstehen ist. Und ein weiteres Jahr später, im Sommer 2010 stand die Wahl eines neuen Sozialbürgermeisters an. Der Stimmenkönig und Protagonist für mehr Bürgerbeteiligung tritt an, weil 1. Grün dran und weil er 2. ein ausgewiesener Kenner der Materie ist. Aber die »bürgerliche« Mehrheit ließ über die Medien verkünden, sie gebe die Stadt nicht in die Hand von... und setzte ihm eine eigene Kandidatin vor die Nase, die schließlich auch gewählt wurde. So etwas gab es in dieser Stadt noch nie. Demokratisch? Aber sicher. Wenn die Mehrheiten reichen. Es war körperlich spürbar in der Stadt, auch das fanden die Menschen nicht in Ordnung und als gar der bisher eher unauffällige Oberhirte der Stuttgarter Katholiken wenige Tage später bei einer Rede im Rathaus vor über 500 Zuhörern die Frage stellte, wer hier definieren dürfe, was ein Bürger sei und ob die Ökosozialen etwa nicht dazu gehören dürften, da brandete großer Beifall auf. Am nächsten Tag war das Stadtgespräch. Das ist übrigens der selbe, der dann wenige Wochen später zum Ausdruck brachte, was viel dachten: hier wird inzwischen Politik in Rambomanier betrieben. Damit kommt man nicht mehr weiter in einer aufgeklärten Zivilgesellschaft. Diese Aussage war noch vor der großen Duschaktion im Schlosspark, die mehrere Schwerverletzte zur Folge hatte und von der langsam immer mehr Details an die Öffentlichkeit kommen bezüglich möglicher klarer Anweisungen aus dem Büro des Ministerpräsidenten so und nicht anders vorzugehen. Die vom Volk gewählte Regierung, im Glauben, die Mehrheit auf ihrer Seite zu haben, zeigte ihre ganz, ganz dunkle Seite.

An was sollen die Menschen noch glauben, wem vertrauen? Das sind die Fragen, die sich hier viele stellen. Milieuübergreifend, das steht in jeder Zeitung, das ist das besondere. Porschefahrer, Millionärin und Hartz IV Bezieherin haken einander unter, während gleichzeitig ein Riss durch Freundeskreise, Familien, Belegschaften und durch die SPD geht.

Dabei haben wir in dieser Republik noch viel mehr Probleme – hier hat etwa die von Herrn Sarrazin beförderte Diskussion derzeit keinen Platz. Und klar, wir müssten uns auch intensiver um die Sache mit der Atomkraft kümmern und darum, dass in dieser Stadt die Schulen verrotten und über 4.000 Kinderbetreuungsplätze fehlen. Und so vieles andere mehr. Auch hier ist die Zivilgesellschaft gefordert. Oder nicht?

In Stuttgart leben wir zur Zeit wie in einer Luftblase, tapfer wie Asterix und Obelix für das vielleicht gute und richtige und gegen das teure und falsche, über das die Zeit hinweggegangen ist. Wobei jetzt auch die andere Seite Woche für Woche mehr Menschen auf die Straße bringt. Demonstrationsfrei ist allerdings noch der Sonntag geblieben. Die Anhängerinnen und Anhänger der direkten Demokratie haben hier derzeit Konjunktur wie nie zuvor. Aber was wird bleiben, wenn wir das Wildschwein gejagt, gegrillt, verspeist, den Kater überwunden haben und wie immer der Barde Troubadix gefesselt und geknebelt vor sich hin wimmert, egal wie es am Ende ausgeht?

Das ist die spannende Frage. Geht von hier aus ein Ruck durch die Akteure des politischen? Werden sie bereiter sein als bisher, sich auch zwischen den Wahlen den Menschen zu stellen? Kann das überhaupt ein Ziel sein? Hat dieser Protest – wie es viele Kommentatoren prophezeihen – das Zeug, den Sinn und Zweck von Parteien und Parlamente in Frage zu stellen und sie zu einem Umdenken zu zwingen? Ist ein Mehr an Transparenz und Teilhabe des Volkes von selbigen überhaupt gewünscht? Will der gemeine Bürger, die gemeine

Bürgerin tatsächlich beständig partizipieren und entscheiden, wenn daheim eigentlich „d' Bäüm gsichert ghöred“? Das wissen wir nicht. Das wird sich erst zeigen, wenn wieder ein Leben jenseits von Emotionen und Aufgeregtheit möglich ist und der Focus sich neu ausrichten kann. Oder ist die Luft danach raus und alles geht wieder seinen gewohnten Gang? Vielleicht mit einer sich nicht erst seit Stuttgart andeutenden Fortbewegung der Wählerinnen und Wähler nicht nur von der Urne, sondern auch von den so genannten Volksparteien? Oder passiert genau das Gegenteil? Krischan Friesecke von der Jugendoffensive sieht die Sache so: »Viele Illusionen über Parteien gibt es in Stuttgart nicht mehr, nicht in CDU und FDP, aber auch nicht in SPD und GRÜNE. Er sieht die Stärke der Proteste darin, dass sich die Menschen hier nicht mehr auf die Politik verlassen.

Das scheinen zumindest ihre Protagonisten hier inzwischen begriffen zu haben: alle an einen Tisch, alles auf den Tisch – sagte der Ministerpräsident gestern. Strittige Fragen endlich mit dem Korrektiv der Zivilgesellschaft offen auszutragen – dafür brauchte es erst Krankenwagen und dann einen Schlichter. Wie ehrlich und wahrhaftig Politik dann sein kann und in diesem Fall auch muss wird sich zeigen, denn auch das ist ein Experiment: die weiteren Gespräche finden nicht hinter verschlossenen Türen statt, sondern werden im www live übertragen. Jede und jeder kann daran teil haben. Das ist vermutlich eine der größten neuen Herausforderungen, der sich Politik und Zivilgesellschaft in den kommenden Wochen zum ersten Mal gemeinsam stellen. Was dies für künftige Entscheidungsprozesse bedeutet, kann man sich im Augenblick nur vage vorstellen.

Die Zukunft der Demokratie hat in Stuttgart nicht begonnen, aber sie ein reales Übungsfeld erhalten, das man so nie hätte simulieren können. Man wird genau beobachten müssen, was sich in diesem Prozess für künftiges als tauglich erweist.